

Staatliche Politik im Kommunismus

Elena Marushiakova, Veselin Popov

Rahmenbedingungen und spezifische Merkmale | Sesshaftmachung der „fahrenden Roma“ | Beschleunigung der Integration | Kulturelles und historisches Erbe | Organisationen: Die „Roma-Bewegung“ in Jugoslawien | Öffentliche Integration und/oder Assimilation

➤ *Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Osten Europas, in dem ein beträchtlicher Anteil der europäischen Roma lebte, Teil dessen, was allgemein als der „sozialistische Ostblock“ bezeichnet wurde. Entsprechend der kommunistischen Ideologie gab es in diesen Ländern grundlegende soziale und wirtschaftliche Veränderungen, welche die gesamte Bevölkerung und somit auch die Roma betrafen. Trotz gleicher Rahmenbedingungen waren die staatlichen Strategien bezüglich der Roma-Bevölkerung aufgrund der jeweiligen Modelle aus der Vergangenheit und der individuellen nationalen Vorgehensweisen sehr unterschiedlich. Gemeinsam war allen staatlichen Strategien jedoch die Integration der Roma, wobei in einigen Ländern die völlige Assimilation angestrebt wurde.*

EINLEITUNG

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die darauffolgenden Jahre veränderten die osteuropäischen Länder grundlegend. Mit sowjetischer Unterstützung kamen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien nationale kommunistische Parteien an die Macht und erlangten die vollständige Kontrolle über alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Eine neue Art von politischem Staatssystem wurde errichtet, das sich als „sozialistisch“ definierte. Es kam zu grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Änderungen, von denen die Roma zum Teil direkt betroffen waren. Roma wa-

ren in verschiedenem Ausmaß und zu unterschiedlichen Zeiten auch direktes Ziel von Regierungsmaßnahmen.

RAHMENBEDINGUNGEN UND SPEZIFISCHE MERKMALE

Wenn vom „Ostblock“ die Rede ist, gewinnt man häufig den Eindruck, der Begriff beziehe sich auf ein monolithisches totalitäres System unter der direkten Herrschaft Moskaus, in dem eine gemeinsame Politik alle Lebensbereiche beherrschte. Bis zu einem

gewissen Grad war das der Fall, doch die einzelnen Länder bewahrten sich eine Reihe von spezifischen Merkmalen. Die monolithische Einheit der von kommunistischen Parteien regierten Länder in Osteuropa brach bereits in den späten 1940ern mit dem eigenständigen Weg Jugoslawiens auseinander. In den 1950ern wählte Albanien ebenfalls einen eigenen Kurs. Auch Rumänien zeigte, obwohl es Mitglied des

Warschauer Paktes und des Comecon war, eine gewisse „Unabhängigkeit“, wenn auch in geringerem Maße. In Abstufungen fanden auch in den übrigen Ländern Osteuropas ähnliche Entwicklungen statt. [III. 1]

In der Tat ist es nicht möglich, von einem einzigen, auf alle Länder Osteuropas zutreffenden Modell zu sprechen, vor allem nicht in Bezug auf die interne Nationalitätenpolitik. Auf





III. 2
Kupferschmied, Rumänien, im Jahr 1956.
(von G. Lükö, from Fraser 1992, S. 280)



III. 3
Ursari (Bärenführer), Bulgarien.
(von Rolf Bauerdick, from Guy 2001, S. 328)



III. 4
Kohlenbrenner, Bulgarien.
(von Rolf Bauerdick, aus Guy 2001, S. 328)



III. 5
Eisenhändler aus Meteol, Rumänien.
(aus Djurić / Becken / Bensch 1996, S. 184b)



III. 6
Pferdehändler, Rumänien.
(aus Djurić / Becken / Bensch 1996, S. 184b)



III. 7
Ziegelmacher aus Craiova, Rumänien.
(aus Djurić / Becken / Bensch 1996, S. 184b)

ideologischer Ebene herrschte zwar völlige Einheitlichkeit, und jedes Land erklärte, seine Nationalitätenpolitik beruhe auf den „Prinzipien des Marxismus-Leninismus“, die Praxis in den einzelnen Ländern gestaltete sich jedoch recht unterschiedlich.

Im Allgemeinen gab es in Osteuropa zwei Arten der Nationalitätenpolitik – eine „ethno-nationale“ und eine „post-imperiale“. Der „ethno-nationale“ Ansatz dominierte in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien (mit Einschränkungen kann auch die Tschechoslowakei, die ja aus zwei Ländern bestand, zu dieser Gruppe gerechnet werden). Diese Länder basierten auf einer „Staats-Nation“ (in der Tschechoslowakei zwei) und aus „Minderheiten“, also den übrigen kleineren Gemein-

schaften, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich bezeichnet wurden. Das „post-imperiale“ Modell war typisch für die Sowjetunion und für Jugoslawien. Hier gab es, zumindest offiziell, keine „Staats-Nation“, sondern ein komplexes hierarchisches Gebilde von nationalen / ethnischen Gemeinschaften mit oder ohne eigene staatliche / administrative Strukturen, die zu einer neuen, „höheren“ Form der Organisation zusammengefügt waren – dem „Sowjetvolk“ und den „Jugoslawen“.

Obwohl es in Bezug auf Roma verschiedene Ansätze in der staatlichen Politik der osteuropäischen Ländern gab, lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Diese Charakteristika staatlicher Roma-Politik hatten insgesamt – ungeachtet ihrer Unterschiede und Besonder-

heiten in der Umsetzung – signifikante Auswirkungen auf die Roma in Osteuropa in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der „Wende“ ab dem Ende der 1980er Jahre.

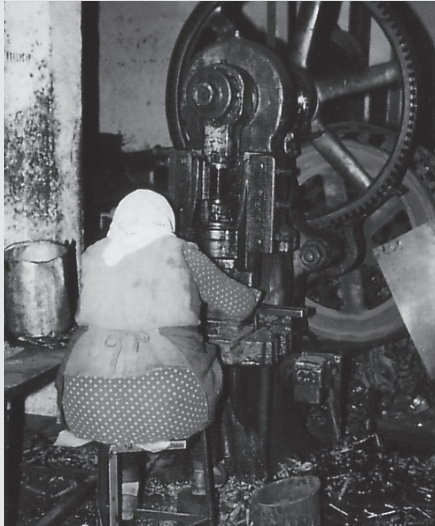
SESSHAFTMACHUNG DER „FAHRENDEN ROMA“

Die Sesshaftmachung der Roma ist ein typisches Beispiel für die Verbindung von allgemeinen und länderspezifischen Strategien in der Politik der osteuropäischen Staaten. Allen Staaten Osteuropas gemeinsam ist das Faktum, dass Maßnahmen zur Sesshaftmachung von „fahrenden“ Roma (oder zumindest wesentliche Einschränkungen des Nomadismus) gesetzt wurden. Die in den einzelnen Staa-

III. 8

In manchen osteuropäischen Regionen arbeiten Roma immer noch in Berufen, die keinen ständigen Wohnsitz erfordern. Wandergewerbe haben zu einem gewissen Grad die Maßnahmen der kommunistischen Regimes und den allgemeinen Trend zur Sesshaftigkeit überlebt. Bis heute gibt es beispielsweise Bärenführer, die ihre Tiere den Touristen an der Schwarzmeerküste vorführen, und Pferdehändler.

(aus Gronemeyer / Rakelmann 1988, S. 138)



III. 9

„In Ungarn gibt es eine kleine Anzahl von Schmiedegenossenschaften, die von Roma in eigener Regie geführt werden. Die Schmiedegenossenschaft in Nogradmegyer z. B. besteht seit 1951. Das Dorf war von Nagelschmieden und Musikzigeunern bewohnt, beide Gruppen haben in einem langen Prozeß die Genossenschaft aufgebaut, die heute eine Vielzahl von Produkten herstellt.“

(aus Gronemeyer / Rakelmann 1988, S. 121f)

SESSHAFTMACHUNG VON NOMADEN: REPRESSION ODER UNTERSTÜTZUNG?

Wie das Thema der Sesshaftmachung von Nomaden in Osteuropa heute betrachtet wird, ist ohne Zweifel eine interessante Frage. In vielen wissenschaftlichen und menschenrechtsorientierten Veröffentlichungen wird diese Politik als der Gipfel der repressiven Politik der kommunistischen Parteien gegenüber den Roma angesehen. Diese Einschätzung wird auch von manchen heutigen Roma-Aktivisten geteilt, die jedoch aus Roma-Gruppen stammen, die seit Jahrhunderten sesshaft sind. In Osteuropa haben die Roma selber und vor allem ehemals fahrende Roma eine positive Einstellung zu Maßnahmen, die der Ansiedelung dienen. Dies wird am besten von jenen illustriert, die selbst davon betroffen waren. Die positive Einstellung ist beispielsweise in Bulgarien oder den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stärker als in der Tschechoslowakei oder in Polen, wo die Sesshaftmachung von repressiven Maßnahmen wie der Konfiszierung von Pferden und Eigentum begleitet war.

Ein weiterer Faktor zeigt sich bei der Beurteilung der Sesshaftmachungs-Politik gegenüber den fahrenden Roma als noch viel bedeutender: Zwischen den 1950er und den 1970er Jahren wurde die nomadische Lebensweise von einer ernsthaften Krise beeinträchtigt. In Folge sich verändernder sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen mussten sich die Nomaden selbst Möglichkeiten zur Sesshaftwerdung suchen (oder zumindest zu einer halb-nomadischen Lebensführung) und neue Strategien entwickeln, um sich wirtschaftlich zu behaupten. Das aktive Eingreifen des Staates erfolgte zu einem angemessenen historischen Zeitpunkt (was in der Geschichte der staatlichen Interventionen gegenüber den Roma ein seltenes Ereignis darstellt) und unterstützte die natürliche Entwicklung und Integration der Gemeinschaften beträchtlich (zum Beispiel mit der Gewährung von Krediten und Unterstützungen zum Bau von Wohnstätten).

III. 10

ten angewandten Strategien und auch die Durchführungszeiträume unterscheiden sich jedoch zum Teil wesentlich.

Auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Sesshaftmachung der Roma differieren in den einzelnen Ländern. Es ist unmöglich, genaue Zahlen anzugeben, man kann aber davon ausgehen, dass mehr als drei Viertel der Roma in Polen und zumindest zwei Drittel der gesamten sowjetischen Roma-Bevölkerung (halb-)nomadisch lebten. In Bulgarien und der Tschechoslowakei hingegen, machten die „fahrenden“ Roma, auf die die staatliche Politik abzielte, weniger als 5% der gesamten Roma-Bevölkerung aus. In den übrigen Ländern variierte der relative Anteil der nomadischen Roma: in Rumänien und Jugoslawien lebte höchstens ein Drittel

der Roma nomadisch, in Ungarn und Albanien nicht mehr als ein Viertel.

In den meisten osteuropäischen Ländern erfolgte die Sesshaftmachung der nomadischen Roma kraft eines Regierungsaktes oder eines Parteibeschlusses (was ein und dasselbe war). Die Sowjetunion, in der die nomadische Lebensweise per Gesetz verboten wurde, war das erste Land, das eine aktive Strategie zur Lösung des „Problems“ der nomadischen „Zigeuner“ verfolgte. Am 5. Oktober 1956 gab das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ein Dekret zur „Einbeziehung von fahrenden Zigeunern in Beschäftigungsaktivitäten“ heraus. Das gleiche Modell wurde in Bulgarien angewandt, wo ein Erlass zur „Lösung der Probleme der Zigeunerminderheit in Bulgarien“ vom Ministerrat

1958 angenommen wurde. In der Tschechoslowakei wurde im selben Jahr ein Gesetz zur „Ansiedelung von fahrenden Personen“ verabschiedet. Die polnische Regierung hatte bereits 1952 erfolglos versucht, fahrende Roma zur freiwilligen Ansiedelung in den westlichen Regionen zu bewegen, wo es seit der Deportation der deutschen Bevölkerung unbesiedeltes Land gab. Im Jahr 1964 gab das Innenministerium Polens dann eine Resolution zur verpflichtenden Sesshaftmachung von „fahrenden“ „Zigeunern“ heraus. Nachdem das Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei ein Programm zur sozialen Integration „fahrender Zigeuner“ angenommen hatte, setzten nach 1977 auch Maßnahmen zur Sesshaftmachung ein, auch wenn diesen keine prioritäre Rolle zukam.

POLEN: AUSWIRKUNGEN DER ZWANGSANSIEDELUNG

„Als die Behörden die Ansiedelung erzwangen [1964], versäumten sie es, irgendwelche Strukturen zu schaffen, um den Roma den Beginn eines neuen Lebens zu ermöglichen. Es gab keine passenden Wohnungen für sie, keine Beschäftigung und nichts, was es ihnen ermöglicht hätte, sich schrittweise an die übrige Gesellschaft anzupassen und ihre früheren Lebensgewohnheiten zu ändern. Wo ihnen Sozialwohnungen zwischen „normalen“ Leuten zugewiesen wurden, traten bald Konflikte auf. [...] In den darauffolgenden Jahren, nachdem die Roma ausreichend entmutigt worden waren, das Fahren wieder aufzunehmen, verloren die Behörden praktisch das Interesse an ihnen. Damals entwickelten die Roma die ersten Strategien zur Anpassung an ihr neues Leben. Sie begannen den Handel mit Devisen und Wertsachen – vor allem Gold, Autos, Antiquitäten und Teppiche. Diejenigen mit Verwandten im Ausland hatten mehr Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt durch Schmuggel oder den Handel mit im Westen gestohlenen Autos zu verdienen.“

III. 11 (übersetzt aus Mróz 2001, S. 257f.)



III. 12

„Die besten Zigeuner-Arbeiter der sozialistischen Arbeit“. Sofia, Ende der 1940er Jahre, in der Mitte Schakir Paschow, damals Parlamentsabgeordneter in Bulgarien.

(aus den Archiven der Studii Romani, Sofia, Bulgaria)

In den übrigen Ländern Osteuropas wurde die Sesshaftmachung nomadischer Roma nicht durch spezielle Gesetze gelenkt, sondern geschah im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung wie beispielsweise die zwingende Notwendigkeit eines festen Wohnsitzes, eines festen Arbeitsplatzes, etc. In Ungarn fand dieser Prozess in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre statt, in Albanien und Jugoslawien in den 1960er und 1970er Jahren.

Die staatlichen Strategien zur Sesshaftmachung der nomadischen Roma führten jedoch nicht immer zu den gewünschten Resultaten. In der Sowjetunion hielten Teile der Roma-Bevölkerung, die offiziell sesshaft waren, an ihrer alten Lebensweise fest, bis sie sich in den 1960er Jahren schrittweise neuen wirtschaftlichen Aktivitäten zuwandten. Unter den Roma Jugoslawiens war und ist die nomadische Lebensweise am Verschwinden, wenn auch nicht vollständig. In Bulgarien reisten und reisen einzelne Roma-Gruppen weiterhin in den warmen Monaten, obwohl sie einen festen Wohnsitz haben und offiziell geregelter Arbeit nachgehen, was dem traditionellen Muster der nomadischen Lebensweise am Balkan entspricht. In Rumänien war die Politik der Sesshaftmachung nur wenig erfolgreich: Die Volkszählung von 1977 führte offiziell 66.500 nomadische Roma an und saisonaler Nomadismus ist bei

verschiedenen Gruppen bis heute unverändert zu beobachten. [III. 2-10]

BESCHLEUNIGUNG DER INTEGRATION

In allen osteuropäischen Ländern war die Politik auf die Integration der Roma ausgerichtet, die Umsetzung hatte jedoch unterschiedliche Formen. Es gab zwei Ansätze, die beide bis heute von Bedeutung sind. Beim ersten Ansatz, der auf Mehrheitspolitik und Gleichbehandlung aufbaut, fehlen spezifische staatliche Maßnahmen zur sozialen Integration der Roma. Diese werden im Rahmen der bestehenden, die ganze Bevölkerung betreffenden Politik behandelt. Im Zuge des zweiten, „speziellen“ Ansatzes werden Roma als eigenständige Gruppe mit spezifischen Problemen wahrgenommen, zu deren Lösung spezielle Maßnahmen erforderlich sind.

Der erste Ansatz wurde vor allem in der Sowjetunion, in Jugoslawien, Polen und Albanien verfolgt, wo es keine speziellen Regierungsprogramme für Roma gab (in der UdSSR und in Polen gab es eine Ausnahme – das Programm zur Sesshaftmachung von Fahrenden). Der einzige Bereich des öffentlichen Lebens, in dem das Prinzip der Mehrheitspolitik für Roma nicht angewandt wurde, war die Bewahrung und Entwicklung ihrer

ethno-kulturellen Identität: Das Romen-Theater in Russland ist bis heute eine der Attraktionen Moskaus. Daneben gibt es über 100 weitere Tanz- und Musikensembles von Roma. Die „Zigeuner“-Folklore ist bis heute akzeptiert und etabliert. In Jugoslawien ebenso wie in Polen lässt sich ähnliches beobachten, wenn auch in kleinerem Maßstab. [III. 11]

In den vier übrigen Ländern (Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) versuchte man, Roma durch spezielle Maßnahmen zu integrieren. Dieser Zugang schließt jedoch den „Mehrheits“-Ansatz nicht aus und in vielen Fällen wurde die Integration der Roma auch im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung umgesetzt. In anderen Fällen wiederum wurden besondere Maßnahmen gesetzt. [III. 14]

In Bulgarien wurde 1958 die bereits erwähnte Resolution zur „Lösung der Probleme der Zigeunerminderheit in Bulgarien“ verabschiedet, der 1978 ein Dekret „Zur weiteren Verbesserung der Arbeit unter Bulgarischen Zigeunern, für deren aktivere Einbeziehung in den Prozess der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft“ folgte. Die rumänische Kommunistische Partei erarbeitete ein „Programm zur sozialen Integration der Zigeuner“. In der Tschechoslowakei wurde 1972 – in Folge der Ereignisse von 1968 und des Beschlusses einer neuen Verfassung – das „Konzept zur allgemei-

„PFERDE, KÜHE UND ZIGEUNER“

„Das Regierungsdekret 502/1965 führte ein ausgearbeitetes Programm zur Fortschaffung von Roma aus überbevölkerten Siedlungen in der Slowakei an angemessene Orte in Tschechien ein. Als maximal zulässige Roma-Quote pro Gemeinde wurden 5 Prozent festgelegt [...].

Wie ein Roma-Sprecher bitter kommentierte: ‚Sie planten die Anzahl für jedes Dorf – Pferde, Kühe und Zigeuner‘ [...].“

III. 13 (übersetzt aus Guy 2001, S. 291)

„MEHRHEITSPOLITIK“ MIT SONDEREFFEKT: STERILISATIONEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Sterilisationen in der Tschechoslowakei werden gemeinhin als besonders drastisches Beispiel für eine Sonderpolitik gegenüber den Roma in Osteuropa angesehen – worauf in diesem Fall Bezug genommen wird, ist das am 29. Februar 1972 herausgegebene Dekret des Gesundheitsministeriums, das besagte, dass die freiwillige Sterilisation von Frauen, die bereits mehr als vier geistig zurückgebliebene Kinder geboren haben, mit finanziellen Unterstützungen gefördert wurde. Dieses Dekret, theoretisch im Einklang mit den Mehrheitsprinzipien der Politik (d.h. nicht direkt an Roma gerichtet), wiederholte (in milderer Form) staatliche Normen und Praktiken wie es sie in ähnlicher Form in der Schweiz und den skandinavischen Ländern gab. Das Beispiel zeigt jedoch, wie theoretische „Mehrheits“-Strategien in der Praxis zu diskriminierenden Ergebnissen führen können – eher als die privilegierten Mitglieder einer Gesellschaft sind von Restriktionen meist die ohnehin bereits unterprivilegierten betroffen. Im Fall der „freiwilligen“ Sterilisation in der Tschechoslowakei waren mehr als die Hälfte der in den 1970ern davon betroffenen Frauen Roma-Frauen.

III. 14

nen öffentlichen und kulturellen Integration der Zigeuner“ herausgegeben, später weiterentwickelt und 1976 novelliert. Alle diese Partei- und Regierungsdokumente enthalten eine Reihe von Hauptrichtlinien, denen die Sonderpolitik für die „Zigeuner“ zu folgen hatte. Sie stehen unter anderem für die Ermöglichung von dauerhafter Vollbeschäftigung, die Lösung von Wohnungs- und Gesundheitsproblemen, sowie die Integration von Roma-Kindern ins Erziehungssystem und die Verbesserung ihres Bildungsniveaus und sie zielen auf die Förderung der Roma-Kultur ab. [III. 12]

Abgesehen von diesen Hauptrichtlinien gibt es in der Politik der einzelnen Länder auch eine Reihe von spezifischen Schwerpunkten, besonders in der jeweiligen Umsetzung der erwähnten Hauptbereiche. In Bulgarien wurden seit 1961 Internate gegründet, und von 1966 an wurden einige Schulen, an denen die Mehrzahl der Schüler Roma-Kinder waren, in „Allgemeine Hauptschulen mit verstärkter Arbeitsschulung“ umgewandelt. In Rumänien wurden Maßnahmen zur Reduktion der Kinderzahl in Roma-Familien ergriffen (Beihilfen wurden nur Familien mit maximal 5 Kinder gewährt), um die hohe Zahl von Roma-Kindern zu senken, die in Waisenhäusern und Pflegeheimen landeten. In Ungarn wurden 1961 Maßnahmen gegen die Diskriminierung der Roma

ergriffen, und das Wohnbauprogramm von 1964 sah die Auflösung von 2.500 Roma-Siedlungen vor. In der Tschechoslowakei fasste ein Regierungsdekret von 1965 den Abriss von Roma-Vierteln ins Auge, vor allem in der Ostslowakei, und ordnete die Aufteilung der dort lebenden Roma in slowakische Dörfer und Industrieregionen der Tschechischen Sozialistischen Republik an. [III. 13]

KULTURELLES UND HISTORISCHES ERBE

Unterschiede in der staatlichen Politik verschiedener Länder sind oft von früheren Modellen geprägt. Die osteuropäischen Nationalstaaten nahmen im 19. und 20. Jahrhundert Form an und gingen dabei aus drei Reichen hervor – dem Osmanischen Reich, der Österreich-Ungarischen Monarchie und dem Russischen Reich. Jedes dieser drei Reiche hatte ein anderes Modell staatlicher Roma-Politik. Die Charakteristika dieser Modelle und ihre rezenten Auswirkungen werden in der Wohnpolitik in den verschiedenen Ländern Osteuropas deutlich.

Die drei historischen Modelle reflektieren die Siedlungsweise sesshafter Roma, die im Osmanischen Reich und in Österreich-Ungarn bei weitem die Mehrheit darstellten: Im Osmanischen Reich – in Bulgarien, Albanien,

dem größten Teil Jugoslawiens und Rumänien – lebten Roma, ebenso wie die übrigen ethnischen Gemeinschaften, auf dem Gebiet der jeweiligen Ortschaft in so genannten „Mahallas“. Dies sind eigene Viertel, in denen nur die Angehörigen einer einzigen ethnischen Gruppe leben. Auf Österreichisch-Ungarisches Gebiet – in Ungarn, der Tschechoslowakei, weiten Teilen Rumäniens und kleineren Teilen Jugoslawiens und Polens – lebten die Roma in eigenen Siedlungen abseits der jeweiligen Ortschaft, oft kilometerweit von diesen entfernt, in den so genannten „Ciganytelep“ in Ungarn, „Osada“ oder „Kolonija“ in der Slowakei, „Kolonija“ oder „Tigania“ in Rumänien, „Osada“ in Südpolen, etc. Im Russischen Reich – in der UdSSR und in Teilen Polens – lebten die Roma zumeist zusammen mit der übrigen Bevölkerung, üblicherweise in zehn oder mehr Häusern nebeneinander – ausgenommen in Transkarpatien, wo das Österreichisch-Ungarische Modell vorherrschte.

Die jeweilige staatliche Politik gegenüber den Roma in den Ländern Osteuropas beruht auf diesen historischen Umständen. In Ungarn und der Slowakei gab es eine Tendenz zur vollständigen Auflösung der eigenständigen Roma-Siedlungen, wobei die in Ungarn unternommenen Schritte sehr wirksam waren (von den 2.500 „Ciganytelep“ sind heute die meisten zerstört). In Ru-

EMANZIPATION IN JUGOSLAWIEN

„Trotz innerethnischer und politischer Spannungen nach Titos Tod im Jahr 1980, wurden die ersten Roma zu Stadträten gewählt und Sait Balić aus Niš wurde Abgeordneter im serbischen Parlament. Vier Jahre später gab es, zusätzlich zu diesem Sitz im serbischen Parlament, bereits 53 gewählte Roma-Mitglieder in Stadt- und Provinzregierungen [...]. 1981 wurde das erste zweisprachige Radioprogramm auf Romani und Serbisch mit dem Namen ‚Ašunen romalen‘ (‚Hört, Roma‘) in Belgrad gesendet, eine bis 1987 fortgesetzte Serie.“

III. 15 (übersetzt aus Kenrick 2001, S. 406)

BULGARIEN: DIE ROMA VERSTECKEN

Bulgarien wurde zu einem einheitlichen (aus einem Volk bestehenden) Staat erklärt, in dem keine andere Nation lebte. Die „bulgarischen Türken“ wurden auf bulgarische Ursprünge zurückgeführt und als im Osmanischen Reich zwangstürkisierte Albaner betrachtet. Nachdem keine ähnliche „wissenschaftliche“ Erklärung für die Roma gefunden werden konnte, hörten sie offiziell auf zu existieren. Roma wurden in der Öffentlichkeit, in den Medien und in wissenschaftlichen Publikationen nicht erwähnt, und entlang von Bahnlinien und Autostraßen wurden Roma-Quartiere an etlichen Orten hinter Betonmauern versteckt. Diese absurde Politik erreichte nicht das geringste Ergebnis und förderte die erfolgreiche Integration der Roma in die bulgarische Gesellschaft in keiner Weise, sondern erzielte nur gegenteilige Effekte.

III. 16

mänien ist die Wohnpolitik, entsprechend der Vielfalt und dem historischen Erbe in den verschiedenen Regionen des Landes, unterschiedlich und nicht konsistent. In Bulgarien folgten auf die Dekrete zur Entfernung der Roma-Viertel keine ernsthaften Aktivitäten, während es in Jugoslawien und Albanien, ebenso wie in der Sowjetunion und in Polen, in diesem Bereich überhaupt keine auf Roma bezogenen Maßnahmen gab.

ORGANISATIONEN: DIE „ROMA-BEWEGUNG“ IN JUGOSLAWIEN

Ein wichtiger Faktor der Staatspolitik in den osteuropäischen Ländern bezüglich Roma ist deren jeweilige Einstellung zu Roma-Organisationen. Tatsächlich war die Gründung und Entwicklung solcher Organisationen ohne die Genehmigung und aktive Unterstützung von Staats- und Parteistrukturen überhaupt nicht möglich. [III. 15]

Das Streben nach Selbstorganisation und Mitbestimmung, das unter den Roma in Westeuropa langsam entstanden ist und zur Gründung verschiedener Organisationen und schließlich von den 1970er Jahren an zum Entstehen der späteren so genannten „Roma-Bewegung“ führte, hatte im Osten keinerlei Parallelen. Dennoch gab es vereinzelte und kurzzeitige Initiativen in Bulgarien und der Tschechoslowakei, und auch in

Ungarn entwickelte man kulturelle Aktivitäten.

Die Situation in Jugoslawien stellt einen Sonderfall dar. Slobodan Berberski, Rom und langjähriger kommunistischer Funktionär, politischer Gefangener, Widerstandskämpfer im Zweiten Weltkrieg und Mitglied des Zentralkomitees der „Union der Jugoslawischen Kommunisten (UYC)“ verkündete im Jahr 1969 in einem Artikel in der Belgrader Zeitung „Vecherni Novosti“, dass die jugoslawischen Roma eine eigene Organisation gründen würden, deren Hauptziel es sei, den Roma zum Status einer „Nationalität“ zu verhelfen (zu jener Zeit hatte Jugoslawien ein komplexes staatliches Legislativ- und Hierarchiesystem, das die Gemeinschaften in verschiedene Kategorien einteilte – ethnische Gruppen, Nationalitäten, Nationen).

Nach der Gründung der „Rom-Vereinigung“ 1969 begann der Aufbau von Zweigstellen in den verschiedenen Republiken, und danach in verschiedenen Städten, zugleich mit der Schaffung anderer (kultureller, sportlicher, etc.) Roma-Vereine. In den 1970er Jahren gab es über 60 Roma-Organisationen und ihre Zahl war ständig im Steigen begriffen. Verschiedene Initiativen, vor allem Kulturveranstaltungen (oft Festivals, an denen Roma-Ensembles teilnahmen), wurden vom Jugoslawischen Staat unterstützt, Bücher wurden auf Romani veröffentlicht und Roma-Fernseh- und -Rudiosendungen ausgestrahlt (im Kosovo). 1986

vereinigen sich die bestehenden Roma-Organisationen zu einer „Union der Roma-Vereinigungen in Jugoslawien“.

ÖFFENTLICHE INTEGRATION UND/ODER ASSIMILATION

Wenn von der staatlichen Politik gegenüber den Roma in Osteuropa während der so genannten „sozialistischen Periode“ die Rede ist, so ist deren Beurteilung bis heute vom Geist des „Kalten Krieges“ geprägt. Die politischen Strategien werden im Gesamten und in ihren konkreten Ausformungen mit den unzähligen Verbrechen der totalitären Regimes gleichgesetzt. Es ist heutzutage schwierig, aus einer Sichtweise voller ideologischer Klischees heraus zu einer objektiven und umfassenden Analyse dieser staatlichen Strategien zu gelangen.

Das Hauptproblem liegt darin, zwei miteinander verbundene und einander oft überlappende Prozesse genau zu differenzieren und ihre Beziehungen zueinander darzustellen: einerseits die soziale Integration und andererseits den Prozess der Assimilation. Im Laufe der Geschichte sind viele Völker, die von anderen Nationalitäten umgeben waren, den Weg von sozialer Integration zu Assimilation gegangen – auf natürliche Weise oder als Ergebnis einer bestimmten Staatspolitik. Der Logik dieses Modells entsprechend (das keineswegs universell ist), kann jede staatliche Maß-

III. 17

Roma-Häuser (Vordergrund) und Plattenbauten in Filákovo, Südost-Slowakei. In den 1970er Jahren wurden die Roma-Hütten am Platz dazwischen geschleift und die Einwohner in die neu errichteten Wohnblöcke umgesiedelt. In den Stahlwerken (Rauchfänge im Hintergrund) waren 8.000 Leute beschäftigt, darunter (bis 1989) hunderte Roma.

Nach der Wende wurde die Fabrik an einen multinationalen Konzern verkauft. Heute ist unter den 800 Menschen, die in dem Werk arbeiten, kein einziger Rom.

(aus dROMa 1/2004, S. 10)



nahme in Osteuropa, die auf die Roma ausgerichtet war, als Schritt zur Assimilation betrachtet werden.

Bulgarien ist jedoch das einzige Land in Osteuropa, in dem die Strategie zur Integration der Roma in eine Politik der vollen und bedingungslosen Assimilation mündete. Die Einstellung bezüglich der Roma ist hier der Politik gegenüber der türkischen Minderheit untergeordnet. Ein Bescheid des Politbüros von 1962 stellt bei bulgarischen Moslems, „Zigeunern“ und Tataren „negative Tendenzen zur Turkifizierung“ fest. Daraufhin folgte eine schrittweise Politik der „Ermutigung“ der Leute ihre türkisch-arabischen Namen gegen bulgarische Namen „einzutauschen“. Diese Politik kulminierte in der so genannten „nationalen Wiedergeburt“ im Winter 1984-85, als eine Massenbewegung unter Beteiligung der Sicherheitskräfte alle Türken, bulgarischen Moslems (Pomaken) und muslimischen Roma dazu zwang, ihre Namen zu ändern. In Wahrheit handelte es sich bei dieser „nationalen Wiedergeburt“ um Zwangsassimilation, die mit Gewalt bis in die letzte Phase durchgesetzt wurde. [III. 16-17]

Tendenzen, die Roma zu assimilieren, sind in der staatlichen Politik Ungarns, der Tschechoslowakei, und bis zu einem gewissen Grad in der Politik Rumäniens zu finden. In den 1950er und 60er Jahren war in der ungarischen Gesellschaft mehr oder weniger offen die Rede von der „natürlichen Assimilation

der Zigeuner“. In den 1970ern war die Logik der Politik bereits eine andere und hatte, nach modernen Begriffen, bereits eine konstruktive Einstellung angenommen. Der ungarische Staat begann, die gesellschaftliche Integration der Roma sowie die Bewahrung und Entwicklung ihrer ethnischen Kultur zu unterstützen, gewährte ihnen aber nicht den Status einer nationalen Minderheit, der anderen Ethnien sehr wohl zugestanden wurde. Die logische Folge dieses Zugangs war ebenfalls Assimilation, wenn auch auf längere Zeit angelegt.

Die Politik gegenüber den Roma in der Tschechoslowakei folgte ähnlichen Grundsätzen. Hier wurden die Roma den offiziellen Normen nach als andersartige Gemeinschaft definiert, die nicht mit anderen Minderheiten vergleichbar wäre und daher einen anderen Status hatte („Bürger zigeunerischer Herkunft“). Die Politik in Bezug auf die Roma war als „soziale Integration“ und „Akkulturation“ definiert. In der Praxis bedeutete das (ohne, dass dies jemals in dieser Form in Partei- oder Regierungsdokumenten formuliert worden wäre), dass die zukünftige Assimilation der Roma angestrebt wurde.

Recht ähnlich war die Situation in Rumänien, wo die Assimilation der Roma an die rumänische Gesellschaft dazu führte, dass große Gruppen der Roma-Bevölkerung gänzlich oder teilweise ihre ethnische und kulturelle Identität verloren haben. Der rumänische Staat nahm diesen Prozess als gegeben hin und kümmerte

sich nicht besonders um Roma, deren Probleme als sozial und nicht ethnisch bedingt angesehen wurden. [III. 18]

Es wäre nicht gerechtfertigt, in den anderen osteuropäischen Ländern von Assimilationspolitik zu sprechen, auch nicht in der Langzeitperspektive. In Polen und Albanien, also Ländern, die auf der Vorstellung von einer einzigen Nation basierten, war die staatliche Politik in Bezug auf Roma unerheblich. Roma in Jugoslawien hingegen forderten ihre offizielle Anerkennung und Gleichstellung mit anderen Völkern ein. Dieser Status wurde ihnen schließlich knapp vor der Auflösung Jugoslawiens gewährt. Dass dies nicht eher geschehen ist, kann jedoch nicht als Argument für eine Assimilationspolitik gewertet werden. Das Konzept des „Jugoslawismus“ setzte zwar die Umwandlung aller Völker in eine neue Art von Gemeinschaft (die „Jugoslawen“) voraus, bedeutete aber nicht automatisch die vorherige Assimilation der Roma an andere Nationalitäten.

In der UdSSR war es ähnlich: Die Roma waren eine recht kleine Gemeinschaft, und es wäre allein daher schon ungerechtfertigt, von einer spezifischen Assimilationspolitik zu sprechen. In der Sowjetunion herrschte die Auffassung vom zukünftigen „Sowjetvolk“ vor (eine Metapher ähnlich der heute oft beschworenen „gemeinsamen europäischen Familie“), welche von der Vereinigung aller Völker zu einer qualitativ neuen Gemeinschaft ausging.

RUMÄNIEN: ROMA ALS SEKUNDÄRES ZIEL DER „SYSTEMATISIERUNG“

Die bekannte Politik der „Systematisierung“, die von Nicolae Ceausescu in den 1970er und 1980er Jahren durchgeführt wurde, umfasste die Massenerstörung von städtischen und ländlichen Vierteln und Dörfern sowie die Umsiedelung ihrer Bewohner in neue Bauten. Sie wurde vor allem in Siebenbürgen umgesetzt,

was auch zu Binnenmigration von Roma innerhalb Rumäniens führte. Diese Politik richtete sich, anders als gelegentlich angenommen, nicht vordergründig gegen die Roma, sondern war, aus nationaler Sicht, eher auf eine Dezimierung der ungarischen Minderheit ausgerichtet. Die Roma wurden in diesem Fall als Vertreter der Mehrheit angesehen, das heißt, der rumänischen Nation, und daher sollten assimilatorische Ziele ihnen gegenüber in ferner Zukunft ihren freien Lauf nehmen. III. 18

SCHLUSSFOLGERUNG

Berücksichtigt man, dass es – zumindest aus heutiger Sicht – erstrebenswert ist, Integration unter gleichzeitiger Bewahrung von ethnischer und kultureller Identität zu erreichen, dann kann man feststellen, dass die staatliche Politik (und nicht eine einzelne Strategie!) gegenüber den Roma in Osteuropa, ungeachtet der gesetzten Ziele, recht unterschiedliche Ergebnisse gezeitigt hat. Auf der einen Seite haben sich die Lebensbedingungen der Roma im Vergleich zu

vorherigen Phasen verbessert, Integrations- und Bildungsgrad sind gestiegen und eine neue Schicht gebildeter Roma hat sich entwickelt. Jedoch war der Preis für die Integration recht hoch. Viele Roma in Osteuropa wurden sozial und wirtschaftlich marginalisiert; ein Prozess der sich nach der „Wende“ intensiviert hat. Bezeichnend ist, dass sich solche Prozesse in jenen Ländern, die eine klar umrissene Sonderpolitik gegenüber den Roma verfolgt haben (Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien), am stärksten auswirken und

am deutlichsten sichtbar sind. In jenen Ländern, wo solche Strategien begrenzt oder einfach nicht vorhanden waren, sind soziale und wirtschaftliche Marginalisierung bei weitem nicht so dramatisch. In den Ländern Osteuropas wurden Ergebnisse durch politischen Strategien in Bezug auf die Roma vor allem durch die allgemeine soziale Entwicklung und eine Gleichbehandlungspolitik gegenüber den Roma erreicht, und nur in einem viel geringeren Ausmaß durch Maßnahmen einer Sonderpolitik, die sie als „besondere“ Gemeinschaft behandelte.

Bibliografie

Achim, Viorel (1998) *Țiganiii în istoria României*. București: Editura Enciclopedică | **Barany, Zoltan (2001)** *The East European Gypsies. Regime Change, Marginality, and Ethnopolitics*. Cambridge: Cambridge University Press | **Crowe, David M. (1995)** *A History of the Gypsies of Eastern Europe and Russia*. London / New York: I. B. Tauris Publishers | **Davidova, Eva (1995)** *Romano Drom. Cesty Romu 1945-1990. Zmeny v Postaveni a Zpusobu Zivota Romu c Cechach, na Morave a na Slovensku*. Olomouc: Palacky University | **Djurić, R. / Becken, J. / Bengsch, A. B. (1996)** *Ohne Heim - Ohne Grab. Die Geschichte der Sinti und Roma*. Berlin: Aufbau Verlag | **Fraser, Angus (1992)** *The Gypsies*. Oxford / Cambridge: Blackwell | **Gronemeyer, Reimer (1983)** *Zigeunerpolitik in sozialistischen Ländern Osteuropas am Beispiel der Länder Ungarn, Tschechoslowakei, Polen*. In: Gronemeyer, Reimer (ed.), *Eigensinn und Hilfe. Zigeuner in der Sozialpolitik heutiger Leistungsgesellschaften*. Giessen: Focus Verlag, pp. 43-183 | **Gronemeyer, Reimer / Rakelmann, Georgia A. (1988)** *Die Zigeuner. Reisende in Europa*. Köln: DuMont Buchverlag | **Guy, Will (2001)** *The Czech lands and Slovakia: Another false dawn?*, in: Guy, Will (ed.) *Between Past and Future: the Roma of Central and Eastern Europe*. Hatfield: University of Hertfordshire Press, pp. 285-332 | **Kalinin, Valdemar (2003)** *Zagadki baltiiskikh tsygan (Rossiya, Estoniya, Litva, Latviya, Polsha)*. Vitebsk | **Kenrick, Donald (2001)** *Former Yugoslavia: a patchwork of destinies*. In: Guy, Will (ed.) *Between Past and Future: the Roma of Central and Eastern Europe*. Hatfield: University of Hertfordshire Press, pp. 405-425 | **Marushiakova, Elena / Popov, Veselin (1997)** *Gypsies (Roma) in Bulgaria*. Frankfurt am Main: Peter Lang | **Mróz, Lech (2001)** *Poland: the clash of tradition and modernity*. In: Guy, Will (ed.) *Between Past and Future: the Roma of Central and Eastern Europe*. Hatfield: University of Hertfordshire Press, pp. 252-267

Übersetzt mithilfe einer Förderung des **bm:uk** Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur | Gefördert aus Mitteln der Volksgruppenförderung



© Council of Europe. Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Datenblätter darf ohne schriftliche Genehmigung der Publishing Division, Directorate of Communication des Europarats (F-67075, Strasbourg cedex oder publishing@coe.int) in irgendeiner Form übersetzt und verbreitet werden oder unter Verwendung elektronischer Systeme – CD-Rom, Internet, Datensicherungs- und Datenabfragesystemen, etc. – und mechanischer Systeme – Fotokopien, Aufnahmen, etc. – reproduziert und verbreitet werden. <http://www.coe.int>



PROJECT EDUCATION OF
ROMA CHILDREN IN EUROPE
<http://www.coe.int/education/roma>

[romani] PROJEKT <http://romani.uni-graz.at/romani>